

Eurokrise: Gescheiterte Strategien nicht immer wieder neu anwenden

Dauerkrise in Griechenland, Herabstufung der Kreditwürdigkeit Irlands und Italien als Pleitekandidat: Über ein Jahr nach Ausbruch der Eurokrise geht es wieder in die nächste Runde. Weiterhin geraten einzelne Staaten zu Spielbällen der Finanzmärkte und jagen die Regierungschefs von einem Krisentreffen zum nächsten. Kaum ist die Tinte unter einem Rettungsvertrag getrocknet, muss schon wieder das nächste Rettungspaket geschnürt werden. Und wie bei einem Staffellauf übergeben die einzelnen Staaten die Bonitätswarnungen durch die Ratingagenturen regelmäßig vom einen zum anderen.

Eine Gläubigerbeteiligung ist im Fall Griechenlands eine prinzipiell richtige Forderung zur falschen Zeit. Denn sie ist eben nur prinzipiell richtig: Wenn der Großteil der griechischen Staatsanleihen von der staatlichen Bad Bank der HRE, von Banken mit öffentlicher Beteiligung und vor allem von der Europäischen Zentralbank gehalten wird, bedeutet ein Schuldenschnitt eben indirekt eine erhebliche Belastung der Bürgerinnen und Bürger. Eine Beteiligung des Privatsektors kann besser durch eine erhöhte Bankenabgabe, eine Finanztransaktionssteuer oder eine höhere Besteuerung von Vermögen durchgesetzt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt wird eine Umschuldung über die im Anschluss notwendige Verteuerung der Rettungsmaßnahmen für andere Staaten (mitsamt ihrer Finanzinfrastruktur) auch für die Steuerzahler wieder zu hohen Folgekosten führen.

Die Erfahrung zeigt nun überdeutlich, dass die bisherigen Maßnahmen nicht greifen: Solange Spekulanten einzelne Staaten herauspicken können, bleibt keine Zeit für die wirklich notwendige tiefgreifende Reform der Währungsunion. Deswegen müssen die Einzelstaaten der Währungsunion durch Eurobonds vor spekulativen Attacken abgeschirmt werden. Gleichzeitig sind Direktankäufe von Anleihen durch den Rettungsfonds oder eine neu zu schaffende Europäische Bank für öffentliche Anleihen zuzulassen. Erst dann wäre eine Umschuldung sinnvoll machbar. Durch die Abschirmung ließe sich ausreichend Zeit gewinnen, um die Staaten der Währungsunion wieder auf einen wirtschaftlichen Gesundungskurs zu bringen und die Währungsunion institutionell zu reformieren.

In eine ähnliche Richtung geht ein Vorschlag von Martin Blessing, dem Vorstandsvorsitzenden der Commerzbank¹: Die Gläubiger Griechenlands (und zu einem späteren Zeitpunkt gegebenenfalls auch Portugals oder Irlands) würden ihre Anleihen mit einem Abschlag von 30 Prozent in 30-jährige Anleihen zu einem Zinssatz von 3,5 Prozent umtauschen, für welche die Euroländer gemeinschaftlich garantieren. Von der Höhe des Zinssatzes und von der Haftung entspricht dies im Prinzip einem Umtausch in Eurobonds, der mit einem Schuldenschnitt kombiniert würde. Der Vorschlag hat einigen Charme. Zu diskutieren wäre vor allem, ob der Abschlag von 30% angemessen ist, oder besser 50% betragen sollte. Da der Vorschlag aber das Reizwort Eurobonds vermeidet, ist er möglicherweise auch für die Betonköpfe in der Regierungskoalition eher akzeptabel. Wie der Name lautet, kann den Griechen, aber vielleicht auch noch in diesem Sommer den Portugiesen und dann womöglich noch den Iren ja egal sein.

¹ Gastbeitrag von Martin Blessing: Rendezvous mit der Wirklichkeit, FAZ vom 12. Juli 2011, <http://www.faz.net/-01zufw>